

Pressekonferenz 30.11. 2006

Statement Dr. Leonhard Hansen

Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein

- Es gilt das gesprochene Wort –

Anrede

Mehr als 30.000 Vertragsärzte und Psychotherapeuten in Nordrhein-Westfalen werden am kommenden Montag Patienten und Öffentlichkeit über die verhängnisvollen Auswirkungen der Gesundheitsreform informieren. Ich gehe davon aus, dass mindestens die Hälfte der Praxen am 4.12. zugunsten von Protestaktionen geschlossen bleibt. Auch in der anderen Hälfte wird kein normaler Praxisbetrieb stattfinden. Auch diese Praxen werden ihre Patientinnen und Patienten aufklären über Risiken und Nebenwirkungen der bitteren Pillen aus Berlin. Zudem haben die beiden Kassenärztlichen Vereinigungen rund 50.000 Wartezimmerplakate und Patienteninformationen verteilt. Das und eine Liste der uns bekannt gewordenen Aktivitäten finden Sie in der Pressemappe, natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Ich bin sicher, diese Liste gibt nur einen Bruchteil dessen wieder, was am Montag in diesem Land passieren wird.

Aber, und darauf bitte ich ausdrücklich hinzuweisen: Kein Patient wird am Montag unversorgt bleiben. Im Rheinland wird am Montag ganztätig der organisierte Notdienst die Patientenversorgung sicherstellen. Unsere Arzttrufzentrale kann jedem, der es braucht, einen dienstbereiten Arzt nennen. Die Telefonnummer finden Sie auf der gemeinsamen Pressemitteilung. In Westfalen wird die Versorgung über eine kollegiale Vertretung aufrecht erhalten.

Warum sind die Vertragsärzte so aufgebracht wie noch nie ?

Weil diese Reform, würde sie denn so umgesetzt wie sie das Bundesgesundheitsministerium formuliert hat, die Axt an unser Gesundheitswesen legt. Die zentralen Kritikpunkte der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sind:

Es droht die Einschränkung des ambulanten Versorgungsangebots!

Schon heute reichen die Mittel in der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht aus, um alle medizinisch notwendigen ambulanten Leistungen zu finanzieren. Das wird z.B. auch von unserem Landesgesundheitsminister so gesehen. Ein niedergelassener Arzt erbringt mehr als ein Drittel seiner Leistungen umsonst. Die Gesundheitsreform würde diese chronische Unterfinanzierung zementieren. Das gefährdet die Versorgung der Patienten und die wirtschaftliche Existenz vieler Ärzte.

Es droht die Einschränkung der freien Arztwahl!

Die Politik will, dass die Krankenkassen mit ausgewählten Ärzten direkt Verträge abschließen und nicht mehr wie bisher mit der Kassenärztlichen Vereinigung für alle Ärzte. Die Patienten würden sich einem Flickenteppich der unterschiedlichsten Verträge und Programme gegenübersehen. Die freie Arztwahl würde eingeschränkt, weil z.B. der „Ersatzkassen-Arzt“ den „AOK-Patienten“ nicht behandeln darf, da er keinen Vertrag mit dieser Kasse hat.

Es droht eine deutliche Zunahme der Bürokratie!

Durch die zunehmende Einflussnahme staatlicher Stellen auf die Preisgestaltung und den Umfang des ärztlichen Leistungskataloges muss mit einer zunehmenden Bürokratie in der Gesundheitspolitik gerechnet werden. Schon allein der Fonds wird die bestehende Bürokratie in den Krankenkassen verdoppeln. Das würde die Kosten

weiter erhöhen, zu Lasten der Versorgung. Denn jeder Euro für Bürokratie ist ein Euro weniger für die Krankenversorgung.

Es droht ein bisher ungekannter staatlicher Dirigismus!

Durch die geplante staatliche Festsetzung des Beitragssatzes werden die Finanzen der Krankenkassen letztendlich zum Spielball der Konjunktur. Ein aktuelles Beispiel. Statt die Einnahmen aus der Erhöhung der Tabaksteuer wie versprochen dem Gesundheitswesen zur Verfügung zu stellen, bekommt Finanzminister Steinbrück diese 4,2 Milliarden Euro, um die Maastricht Kriterien zu erfüllen.

Durch die geplante Hauptamtlichkeit des Gemeinsamen Bundesausschusses – übrigens für jeden Bürger das wichtigste Gremium überhaupt, denn er entscheidet über die Leistungsinhalte der Krankenkassen - bestimmt zukünftig der Staat direkt, was der gesetzlich versicherte Kranke noch bekommt und was nicht. Damit hat Frau Schmidt ein direktes Rationierungsinstrument geschaffen.

Die Liste ließe sich fortsetzen.

Zum Schluss nur noch eines: Frau Schmidt wird versuchen, auch die Aktivitäten am kommenden Montag wieder als Lobbyistengeschrei abzutun. Angesichts der Breite des Bündnisses gegen diese Reform, was von Patientenorganisationen bis zu Pflegeberufen reicht, macht sie sich am Ende wieder nur selbst unglaubwürdig. Mehr als 200 Änderungsanträge zum Gesetzentwurf werfen ein bezeichnendes Licht auf die Qualität dieser Reform.

Vielen Dank!